

II-7880 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 39931J

A n f r a g e

1989 -06- 16

der Abgeordneten Scheucher
und Genossen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Maßnahmen des Bundesministeriums für Justiz, die einen Miß-
brauch der Institution der Ehe zwecks Erlangung einer Arbeits- und Aufent-
haltsbewilligung verhindern

Im Bezirk Voitsberg, der österreichweit eine hohe Arbeitslosenrate aus-
weist, wird darüber Beschwerde geführt, daß angeblich liberale Vorschrif-
ten zu einem Mißbrauch der Institution der Ehe führen und damit die Erlan-
gung einer Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung - ohne daß die Absicht zur
Gründung einer echten Lebensgemeinschaft besteht - begünstigen.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß die Zahl der SCHEIN-
EHEN immer größer wird und damit die Bemühungen zum Schutz inländischer
Arbeitnehmer zunehmend unterlaufen werden.

So wird ferner auf den Umstand aufmerksam gemacht, daß Personen, die als
Touristen einreisen und innerhalb der ersten Aufenthaltsfrist heiraten,
angeblich automatisch in den Genuß des begehrten Befreiungsscheines und
der Aufenthaltsbewilligung gelangen.

Diese Vorgangsweise bei der Erteilung des Befreiungsscheines regt geradezu
zur Schließung einer SCHEINEHE an und stößt zunehmend auf völliges Unver-
ständnis und Kritik.

In der Zwischenzeit sind durch entsprechende Maßnahmen zwar die Staatsbür-
gerschaftsehen abgebaut worden, die Zahl der SCHEINEHEN zwecks Erlangung
eines Befreiungsscheines geht dagegen in die Tausende.

- 2 -

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz nachstehende

A n f r a g e :

1. In welchem Ausmaß haben in den letzten Jahren die sogenannten SCHEIN-EHEN in Österreich zugenommen bzw. sich bundesländerweise entwickelt ?
2. Welche Maßnahmen wird das Bundesministerium für Justiz setzen, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten ?